

ausgestrahlt

gemeinsam gegen atomenergie



Eine von unzähligen Katastrophenschutz-Aktionen rings ums AKW Grohnde, die Druck für einen schnelleren Atomausstieg machen

Foto: Michaela Mügge / PubliXviewing

Mehr Tempo beim Atomausstieg!

Keiner braucht AKW, die noch bis 2022 laufen. Die Mehrheit will einen schnelleren Ausstieg

Liebe Freundinnen und Freunde,

bei der Aktions- und Menschenkette um das AKW Grohnde, den Demos in Gronau, Gundremmingen und Neckarwestheim, bei weiteren lokalen Protesten sowie bei 200 Mahnwachen gingen am 9. und 11. März trotz widrigster Wetterbedingungen insgesamt rund 37.000 Menschen gegen den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke und anderer Atomanlagen auf die Straße. Diese 37.000 sind nur die Spitze des Eisbergs: Nach einer aktuellen Emnid-Umfrage ist die Mehrheit der Bevölkerung nicht damit einverstanden, dass die meisten Atomkraftwerke noch bis 2022 weiterlaufen sollen (Seite 4).

Doch die Politik ignoriert diese Mehrheit. Deshalb geht der Protest weiter: Wir sammeln Unterschriften für „Mehr Tempo beim Atomausstieg“ und gehen erneut auf die Straße. Für den 21. April ruft .ausgestrahlt gemeinsam mit örtlichen Initiativen

und großen Verbänden zu Demonstrationen und Aktionen an den AKW Brokdorf und Grafenrheinfeld auf. Das Atom-Risiko und den mangelhaften Katastrophenschutz wollen wir gemeinsam mit Dir in einer Aktionswoche vom 8. bis 15. Juni überall im Land thematisieren (Seite 2/3).

Ziel all dieser Aktivitäten: Nach der Bundestagswahl muss die neue Regierung dafür sorgen, dass die Reaktoren abgeschaltet werden, bevor es in einem von ihnen zum nächsten Super-GAU kommt. Sie dürfen nicht bis 2022 weiterlaufen, sondern müssen jetzt vom Netz. Für die Stromversorgung werden sie nicht mehr benötigt (Seite 6/7) – nur noch für die Gewinne der Betreiber.

Ein Blick in die Entwürfe der Wahlprogramme von SPD und Grünen zeigt, dass selbst bei einem rot-grünen Wahlerfolg ein schnellerer Atomausstieg kein Selbstläufer

wird. Beiden Parteien wollen wir deshalb mit Deiner Unterstützung in den nächsten Wochen klar machen, dass sie den Mehrheitswillen nicht einfach ignorieren können, wenn sie es mit ihrer atomkraftkritischen Haltung ernst meinen.

Das .ausgestrahlt-Team

„Weitere AKW abschalten“

Energiewirtschaftsprofessor Olav Hohmeyer über AKW und Atomlobbyisten und wie beide die Energiewende verhindern **Seiten 6-7**

Die missachtete Mehrheit

Wie die Parteien beim Atomausstieg den Willen der BürgerInnen und WählerInnen ignorieren – und was wir dagegen tun können **Seiten 3+4**

„Dann bleiben wir hier“

Von Marktplatzbesetzungen und Betonblöcken, BürgerInnenkontrolle für Atommüllkippen und solaren Pionieren **Seiten 14-15**

27 Jahre Tschernobyl: AKW abschalten!

21.4.: Demonstrationen am AKW Brokdorf und am AKW Grafenrheinfeld

Der Super-GAU von Tschernobyl ist auch nach 27 Jahren noch eine Katastrophe. Hunderttausende leiden bis heute an den Strahlenfolgen, riesige Gebiete sind noch immer unbewohnbar. Selbst bei uns, 1.000 Kilometer entfernt, sind in

vielen Regionen Pilze und Wildfleisch noch so stark radioaktiv belastet, dass sie nicht zum Verzehr geeignet sind.

Auch in den Atomkraftwerken bei uns kann jeden Tag ein schwerer Unfall passieren. Mit zwei bundesweiten Demonstrationen

am Sonntag, den 21. April, wollen wir im Bundestagswahljahr Druck für einen schnelleren Atomausstieg machen! Schalten wir alle Meiler ab, bevor es in einem davon zum nächsten Super-GAU kommt!

1. NORDDEUTSCHLAND:

Protest- und Kulturmeile am AKW Brokdorf



27 Jahre nach Tschernobyl und 26,5 Jahre nach der Inbetriebnahme des AKW Brokdorf fordern wir von Landes- und (künftiger) Bundesregierung, den störanfälligsten Reaktor Deutschlands endlich abzuschalten – und nicht erst 2022.

Ein breites Bündnis von Initiativen, darunter .ausgestrahlt, ruft zu einer **Protest- und Kulturmeile rund um das AKW Brokdorf** auf. Start ist um **fünf vor zwölf**.

Neben vielen **Aktionen zum Mitmachen für Groß und Klein** wird es **Konzerte und Kleinkunst** geben. Auch ein Teil der

.ausgestrahlt-Wanderausstellung „Tschernobyl – Brokdorf: Was wäre, wenn ...“, die die Folgen eines Super-GAU im AKW Brokdorf vor Augen führt, wird in einem Pavillon zu sehen sein.

Aktion: Auf nach Brokdorf!

Schon in den Tagen oder kurz vor dem 21. April werden AtomkraftgegnerInnen aus allen Himmelsrichtungen nach Brokdorf aufbrechen: zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit Pferden, Motorrädern, Autos, Booten ... Unterwegs machen sie auf die Gefahren des AKW Brokdorf aufmerksam und werben für die Proteste. .ausgestrahlt sucht Menschen, die sich dafür schon in den Tagen vor dem 21.4. Zeit nehmen können.

Schreib an → brokdorf@ausgestrahlt.de



2. SÜDDEUTSCHLAND:

Sternmarsch beim AKW Grafenrheinfeld

Das AKW Grafenrheinfeld

bei Schweinfurt machte zuletzt Schlagzeilen, weil es trotz eines mutmaßlichen Risses am Reaktordruckbehälter monatelang weiterlief. Laut Atomgesetz ist es der nächste Abschaltkandidat – Ende 2015. AtomlobbyistInnen fordern allerdings bereits eine Laufzeitverlängerung.

Ein breites Bündnis von Initiativen, darunter .ausgestrahlt, ruft deshalb für Sonntag, den 21. April 2013 zu **zwei Demozügen** auf, die sich an der Brücke zwischen Grafenrheinfeld und Bergtheim in Sichtweite des AKW zu einer **Kundgebung** treffen. Die **Demozüge starten um 12 Uhr**, die Kundgebung mit Kulturprogramm beginnt um 13 Uhr.



... und das kannst Du tun:

- Auf www.ausgestrahlt.de findest Du zu beiden Demos am 21.4. eine **Mitfahrborse** für Bus, Zug, Auto, Rad und mehr.
 - ← Im Falle von Brokdorf sind hier auch die Gruppen eingetragen, die sich schon vor dem 21.4. auf den Weg machen werden.
- Für beide Demos kannst Du kostenlos **Plakate** und **Flyer** bestellen (Seite 11).
- Außerdem haben wir eine ganze Reihe Ideen zusammengetragen, wie Du in Deinem Umfeld für die Aktionen werben kannst – vom DVD-Abend mit „Das Ding am Deich“ bis zum Flashmob in der Fußgängerzone, von der Jodtabletten-Ver teil-Aktion bis zur Telefonkette.
- **Hilf mit**, damit die Anti-Atom-Demos am 21.4. in Brokdorf und Grafenrheinfeld ein deutliches Signal für ein schnelleres Abschalten aller AKW setzen!

Drück aufs Tempo für den Ausstieg!

Sammele Unterschriften für ein schnelleres Abschalten der noch laufenden AKW

Die meisten AKW dürfen unbehelligt bis 2022 laufen und dann schauen wir weiter.“ So etwa lautet der schwarz-rot-gelb-grüne Atombeschluss von 2011, an den selbst SPD und Grüne sich noch klammern. Das jedoch steht im groben Widerspruch zum Willen der Mehrheit der Bevölkerung. 51 Prozent, das ergab eine repräsentative Emnid-Umfrage im Auftrag von .ausgestrahlt (siehe auch Seite 4), sind dafür, die AKW schneller abzuschalten als bisher geplant. .ausgestrahlt hat daher die Unterschriftenaktion „Mehr Tempo beim Atomausstieg!“ gestartet. Mit möglichst vielen Unterschriften wollen wir im Bundestagswahljahr 2013 Druck machen für ein schnelleres Abschalten der AKW. Eine Liste liegt diesem Rundbrief bei, weitere kannst Du kostenlos bestellen (Seite 11). Online unterschreiben ist ebenfalls möglich: www.ausgestrahlt.de/mehrtempo



2.–25. April:
Bring Turnschuhe zu den Grünen – damit sie Tempo machen

Haben die Grünen das Abschalten verlernt? Nach Fukushima gelobten sie, die AKW „deutlich vor 2022“ abzuschalten. Heute, nur zwei Jahre später, will die Parteispitze davon nichts mehr wissen. Im Entwurf des Bundestagswahlprogramms ist keine Rede mehr davon, die Sicherheitsvorschriften und die ökonomischen Rahmenbedingungen so zu ändern, dass die AKW schneller vom Netz gehen.

Die Delegierten aus den Grünen-Kreisverbänden stimmen am 26. April auf einem Parteitag über Änderungen am Wahlprogramm ab. Höchste Zeit, dass wir den Grünen die Turnschuhe wiederbringen! Suche die Grünen-Geschäftsstelle in Deiner Stadt auf. Überreiche ein paar Turnschuhe und fordere, dass die Grünen „mehr Tempo beim Atomausstieg“ zu ihrem Programm machen. Lade die Lokalpresse zur Aktion ein. Mach selbst ein Foto und schicke es an turnschuhe@ausgestrahlt.de, gerne mit einem kurzen Bericht von der Aktion.

Auf www.ausgestrahlt.de/turnschuhe findest Du den offenen Brief von .ausgestrahlt an die Grünen zum Thema, den Du überreichen kannst, Aktionsplakate (auch zum Selbstaussdrucken; siehe auch Seite 11) sowie eine Muster-Pressemitteilung für die Lokalpresse. Und natürlich demnächst hoffentlich viele Fotos.



Auch mit diesen beiden Aufklebern kannst Du für mehr Tempo beim Abschalten werben; Bestellung auf Seite 11.



8.–15. Juni:
Aktionswoche zum Katastrophenschutz macht das Atomrisiko deutlich

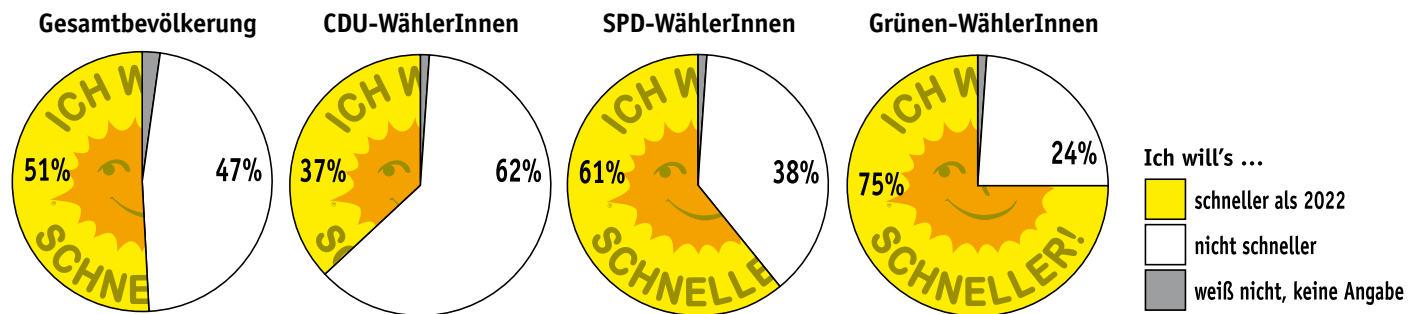


Foto: Michaela Mügge / PubliXviewinG

Messtrupps mit Geigerzählern untersuchen das Gemüse auf dem Wochenmarkt, Straßensperren halten Autos auf zur Dekontamination, große Schilder warnen vor dem Betreten der atomaren Sperrzone, HelferInnen verteilen „Jodtabletten“ an PassantInnen, „Atom-Flüchtlinge“ suchen nach einer Bleibe: AtomkraftgegnerInnen auf der Region um das AKW Grohnde haben – siehe auch Seiten 8+9 – vor Kurzem mit unzähligen fantasievollen Aktionen gezeigt, wie man das Atom-Risiko und die Bedrohung durch das benachbarte AKW eindrucksvoll ins öffentliche Bewusstsein rücken kann. .ausgestrahlt ruft dazu auf, mit ähnlichen Aktionen in der Woche vom 8. bis 15. Juni die Gefahren und Folgen einer Atom-Katastrophe bundesweit zum Thema zu machen. Infos, Ideen und Materialien findest Du auf www.ausgestrahlt.de/katastrophenschutz

Vergisst Rot-Grün das Abschalten?

Die Wahlprogramme der Parteien geben nicht die Stimmung in der Bevölkerung wider



Ein knappes halbes Jahr vor der Bundestagswahl gibt es ein erstaunliches Missverhältnis zwischen der atompolitischen Stimmung in der Bevölkerung und den Positionen der Parteien in der Atompolitik.

.ausgestrahlt hat das Meinungsforschungsinstitut Emnid gebeten, die Stimmung in Sachen Atomausstieg in einer repräsentativen Umfrage zu klären. Dazu wurden in der zweiten Januarhälfte telefonisch insgesamt 3.013 Personen befragt. Die gestellte Frage lautete: „In Deutschland sollen die meisten Atomkraftwerke noch bis zum Jahr 2022 in Betrieb bleiben. Sind Sie dafür, die Atomkraftwerke schneller abzuschalten?“

Obwohl die Umfrage mitten in die hitzige öffentliche Debatte über steigende Strompreise fiel, sind die Ergebnisse mehr als deutlich. Mit dem Bundestags-Beschluss von 2011, neun Atomkraftwerke noch viele Jahre am Netz zu lassen, ist die Mehrheit der Bevölkerung nicht einverstanden. Besonders deutlich wird dies bei den WählerInnen von SPD und Grünen, deren Abgeordnete ja damals bis auf ganz wenige Ausnahmen mit der schwarz-gelben Regierung gestimmt hatten. Aber selbst mehr als ein Drittel der Unions-AnhängerInnen will das Atomrisiko nicht noch neun weitere Jahre in Kauf nehmen.

Die SPD tut so, als wäre das letzte AKW schon vom Netz

Die Wahlprogramme der Parteien, die zur Bundestagswahl antreten, zeichnen hingegen ein ganz anderes Bild: Nur Linke und Piraten treten für einen schnelleren Ausstieg ein – für beide ist dies aber kein zentrales Thema. Im Entwurf

für das SPD-Programm heißt es: „Nach dem Ausstieg aus der Atomenergie schaut die Welt auf Deutschland.“ – als wären längst alle AKW vom Netz.

Bei den Grünen, die sich ja selbst als „die“ Anti-Atom-Partei begreifen, sieht es nicht besser aus: Besonders deutlich wird dies, wenn man den aktuellen Programmwurf des Bundesvorstands mit dem vergleicht, was die Partei auf dem Sonderparteitag nach Fukushima mit großer Mehrheit beschlossen hat.

Ihre Zustimmung zu Merkels halbem Ausstieg verknüpften die Grünen damals mit einem deutlichen Versprechen:

„Wir werden auch weiterhin mit aller Kraft dafür arbeiten, dass das letzte Atomkraftwerk so bald wie möglich endgültig vom Netz geht, und zwar deutlich vor dem von der Bundesregierung geplanten Jahr 2022. Insofern ist unsere Zustimmung zur Änderung des Atomgesetzes als Zustimmung zum Ausstieg zu verstehen, nicht aber zu seinem Zeitplan. (...) Im Falle einer grünen Regierungsbeteiligung werden wir die Rahmenbedingungen so ändern, dass das letzte AKW noch deutlich vor 2022 abgeschaltet wird. (...) Wir wissen: Der Atomausstieg ist bis 2017 seriös umsetzbar. Wir werden daher die Bundestagswahl 2013 zu einer Abstimmung über eine beschleunigte Energiewende machen.“

In dem Beschluss folgen eine ganze Reihe von Unterpunkten, in denen die Grünen atompolitische Maßnahmen auflisten, mit denen ein schnellerer Atomausstieg umgesetzt werden kann, z.B.: „Alle AKW müssen den Nachweis erbringen, dass ein Absturz eines Passagierflugzeugs nicht zu einer nuklearen Katastrophe führt.“ Der jetzige Entwurf

ihrer Wahlprogramms hingegen nimmt überhaupt nur an zwei Stellen Bezug zum Zeitplan des Atomausstiegs: „Der Bundestag hat im Juni 2011 mit breiter Mehrheit den endgültigen Atomausstieg bis 2022 beschlossen.“ Und: „Dazu wollen wir im Jahr 2022, wenn endlich die letzten Atomkraftwerke vom Netz gehen, mindestens die Hälfte der Stromversorgung aus Erneuerbaren Energien decken.“ Von 2017 ist nicht mehr die Rede.

Die Grünen setzen auf einen zahnlosen Tiger

Dann heißt es noch: „Bis zum beschlossenen Atomausstieg müssen die noch verbleibenden Atomkraftwerke so sicher wie nur irgend möglich sein, bei schweren Sicherheitsbedenken müssen AKWs bereits früher vom Netz genommen und so der Atomausstieg beschleunigt werden. Wir werden daher die neuen Sicherheitsanforderungen für Atomkraftwerke konsequent anwenden.“ Das liest sich oberflächlich betrachtet erfreulich. Doch die erwähnten neuen Sicherheitsanforderungen sind ein zahnloser Tiger, verwässert von gleich drei Umweltministern: Gabriel, Röttgen und Altmaier. Nur wenn das Regelwerk, beispielsweise zu Flugzeugabstürzen, deutlich verschärft würde, könnte das Abschalten von AKW mit solchen Risiken begründet werden.

Es wird also spannend, was die Grünen auf ihrem Programmparteitag Ende April, am 27. Jahrestag von Tschernobyl, beschließen werden. Meinen sie es ernst mit ihrem Anspruch als Anti-Atom-Partei? Dann wäre es das Minimum, den Parteitagbeschluss von 2011 voll und ganz umzusetzen.

Jochen Stay

„Wir bräuchten einen schnellen Ausstieg“

Olav Hohmeyer, Professor für Energiewirtschaft, über den schnellen Umstieg auf erneuerbare Energien, die Rolle von Gaskraftwerken und wie AKW die Energiewende verhindern

Herr Hohmeyer, Gaskraftwerke werden stillgelegt, die AKW hingegen bleiben in Betrieb. Was läuft da schief?

OLAV HOHMEYER: Solange Sie AKW am Netz haben und einen Marktmechanismus, der rein nach den Grenzkosten geht, sind die AKW deutlich günstiger als ein Gaskraftwerk.

Weil das AKW schon abgeschrieben ist und das Gaskraftwerk höhere laufende Kosten verursacht?

Nein, am Markt werden die Investitionskosten nicht berücksichtigt. Beim Atomstrom wird aber sogar ein Teil der laufenden Kosten, etwa für die Entsorgung des Atomabfalls, nicht in Rechnung gestellt. Solange das AKW also am Markt ist, wird es die Gaskraftwerke, die hohe laufende Kosten [=hohe Grenzkosten] haben, verdrängen. Da kommen Sie nur raus, wenn Sie sagen: „Wir schalten das Ding ab.“

Warum sind Gaskraftwerke so wichtig für die Energiewende?

Weil Sie, je mehr Sie auf erneuerbare Energien setzen, flexibel und mit hoher Geschwindigkeit genau die Lücke zwischen der Stromnachfrage und der -erzeugung aus Wind und Sonne auffüllen müssen. Dafür taugen AKW genauso wenig wie Braunkohlekraftwerke. Ein modernes Gaskraftwerk fahren Sie im Zweifelsfall in 30 Minuten hoch. Beim Atomkraftwerk können Sie da bis nächste Woche warten. Deswegen muss man auch den Strommarkt anders organisieren: Er muss die Kraftwerke belohnen, die schnell und flexibel sind.

CDU, CSU, SPD, FDP und Grüne haben nach Fukushima beschlossen, acht AKW stillzulegen – und, dass von den übrigen neun die meisten noch bis 2022 laufen sollen. Sie haben damals geschrieben, man könne das allerletzte AKW schon Ende 2014 abschalten ...

Wir haben die verfügbaren konventionellen Kraftwerke angeschaut und die, die damals schon in Bau oder weit geplant waren. Außerdem die Leitungskapazitäten zwischen Nord- und Süddeutschland.

Warum konventionelle Kraftwerke?

Man muss ja jederzeit ausreichend gesicherte Leistung zur Verfügung haben, um die Nachfrage zu bedienen. Es reicht nicht, wenn Sie in der Summe des Jahres genug Strom produzieren. Sie müssen auch in jeder Sekunde den Strom erzeugen, den Sie verbrauchen. Deshalb brauchen wir im Übergang, bis wir nennenswerte Stromspeicher haben, andere, gut regelbare konventionelle Kraftwerke – im Wesentlichen Gaskraftwerke, die, wenn mal kein Wind weht und keine Sonne scheint, die Erneuerbaren ersetzen und ergänzen können.

Und zu welchem Ergebnis kamen Sie?

Allein durch die Gas- und Kohlekraftwerke, die 2011 in Bau oder fast zu Ende geplant waren, hätten wir Ende 2014 genügend Kraftwerksleistung gehabt, um alle AKW problemlos zu ersetzen.

Wäre das nicht ein Klimaproblem?

Nein. Wenn wir mittelfristig den Ausbau der regenerativen Energien und der Speicher beschleunigen, dann können wir, gerechnet über die gesamte Zeit des Umstiegs auf erneuerbare Energien, die anfänglichen Mehremissionen mehr als ausgleichen. Sie müssen bloß, wenn Sie A gesagt haben – „Kurzfristig ersetze ich das Gefahrenpotenzial der Atomkraft durch Gas.“ –, auch B sagen: „Jetzt marschiere ich mit maximaler Geschwindigkeit in ein 100 Prozent regeneratives Energiesystem.“ Die CO₂-Bilanz wäre dann unterm Strich deutlich besser als bei dem Ausstiegstempo, das die Bundesregierung derzeit anpeilt.

Dr. Olav Hohmeyer ist Professor für Energie- und Ressourcenwirtschaft an der Uni Flensburg und Mitautor des Kurzgutachtens „Atomausstieg 2015 und regionale Versorgungssicherheit“.

Von 2008 bis 2012

war er Mitglied des Sachverständigenrats für Umweltfragen der Bundesregierung (SRU) und verantwortlich für das Sondergutachten „Wege zur 100% erneuerbaren Stromerzeugung“.



Foto: privat

Wenn man die Kraftwerksliste im Anhang ihrer Studie durchgeht, haben sich drei Projekte mit einer Leistung von zusammen 1.700 Megawatt über 2014 hinaus verzögert. Dafür sind andere fossile Kraftwerke mit zusammen 1.500 Megawatt hinzugekommen.

Das habe ich nicht noch mal untersucht.

Deutschland hat 2012 so viel Strom exportiert wie noch nie. Da müsste doch jede Menge Spielraum drin sein, sofort weitere Reaktoren abzuschalten.

Da haben Sie Recht, im Moment haben wir einen tiefenentspannten Markt: Wir exportieren sogar, wenn wir wenig Wind und Sonne haben, noch fünf, sechs, sieben Gigawatt. Und das scheint selbst bei einer eigenen Netzlast [=Verbrauch] von 80 Gigawatt sehr entspannt zu sein. Selbst in diesen Hochlastphasen sind also einige AKW in Deutschland nur für den Export gelaufen. Aber man muss sich das natürlich für jede Stunde anschauen – und vom worst case ausgehen.

Was ist denn der worst case?

Wenn es überhaupt keinen Wind und überhaupt keine Sonne gibt und Sie also den gesamten Strombedarf mit konventionellen, mit Biomasse- oder mit Laufwasserkraftwerken abdecken müssen. Und das an einem kalten Wintertag mit maximaler Last, die so um die 80 Gigawatt liegt. Dazu brauchen Sie noch eine Reserve, falls irgendwo mal ein Kraftwerk ausfällt.

Von wie vielen Stunden, Tagen, Wochen worst case im Jahr reden wir denn?

So eine Flaute im Winter kann schon mal anderthalb Wochen dauern. Wobei natürlich die maximale Last immer nur ein paar Stunden am Tag nachgefragt wird.

... und das Stromnetz längst ein europäisches ist.

Klar. Das entspannt die Lage zusätzlich. Wir wollten in unserer Studie 2011 bloß zeigen, dass wir so eine Situation auch ganz alleine meistern können.

Man könnte auch die Nachfrage ein wenig an das Angebot anpassen, um Worst-case-Situationen zu vermeiden, oder?

Natürlich. Das betrifft aber große Industrieprozesse, mit deren Betreibern man sich erst einigen muss, zu welchen Preisen sie bereit sind, ihre Nachfrage temporär zu drosseln. Das ist im Moment im Fluss: Einige bieten eine Reduzierung ihrer Last schon auf dem Regenergiemarkt an.

Welche Möglichkeiten gibt es noch, den Strombedarf auch in wind- und sonnenschwachen Momenten zu decken?

Mittelfristig natürlich die Speicher. Die können für eine bestimmte Zeit auch gesicherte Leistung bereitstellen. Wenn Sie mit so einem Speicher bloß über den Tag kommen, kappt das schon die tägliche kurze Spitzenlast. Langfristig werden Speicher sowieso die Lösung sein. Kurzfristig aber brauchen wir vor allem schnellstartende, gut regelbare Gaskraftwerke.

Könnten das auch viele kleine Blockheizkraftwerke in vielen Kellern sein?

Je kleiner die Einheiten sind, desto günstiger ist sogar ihr Startverhalten: Ein Blockheizkraftwerk benötigt gerade mal 90 Sekunden, um auf Volllast zu kommen. Es muss aber natürlich im Bedarfsfall zentral vom Netzbetreiber gesteuert werden können. An der Stelle macht der Begriff vom smart grid jede Menge Sinn.

Vor zwei Jahren planten nicht wenige Stadtwerke noch den Bau großer Gaskraftwerke. Damit wollten sie auch unabhängiger werden von den großen Stromkonzernen. Inzwischen liegen viele dieser Projekte auf Eis. Warum?

Die sind ökonomisch tot. Atomkraft und Braunkohle, zusammen mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, nehmen die Gaskraftwerke in die Zange. Sie bräuchten einen relativ schnellen Ausstieg aus der Atomkraft – dann wären diese Kraftwerke wieder rentabel.

51 Prozent der Bevölkerung sind dafür, die AKW schneller abzuschalten als geplant. Wer noch?

Es gibt eine ganze Reihe von Akteuren im Markt, die froh wären, wenn sie die Atomstromkapazitäten schneller los wären. Sonst gehen nämlich ihre Gaskraftwerke auch noch pleite.

In den aktuellen politischen Diskussionen geht es vor allem darum, wie man den Ausbau der erneuerbaren Energien bremsen kann.

Was Altmaier und Rösler da verzapfen, ist unterirdisch. Das geht richtig an der Sache vorbei. Es ist der vorletzte Versuch, zu verhindern, dass es doch noch zum Umstieg auf erneuerbare Energien kommt.

Wundert Sie das?

Nein. Die Atomkraftwerksbetreiber und ihre Lobby werden sich bis zur letzten Sekunde wehren, bis sie ganz raus sind. Da geht es um viel, viel Geld.

Interview: Armin Simon

Anzeige



Jubiläumsaktion! Bis 31.07.
wechseln und **20 €-Gutschrift** erhalten:
www.naturstrom.de/15

15 Jahre naturstrom

- 230.000 Ökostrom- und Biogaskunden
- Über 650 Mio. Tonnen CO₂ vermieden
- Mehr als 220 von uns gebaute oder geförderte Öko-Kraftwerke
- Über 160 engagierte Mitarbeiter/-innen an 10 Standorten

Wir sagen Danke!

NATURSTROM AG
Achenbachstraße 43, 40237 Düsseldorf
Tel 0211 77 900-300, Mo – Fr von 8 – 18 Uhr



naturstrom
ENERGIE MIT ZUKUNFT

Fukushima mahnt: Atomanlagen aus!

37.000 Menschen fordern am 9. und 11. März bei Aktionen, Menschenketten und Demos an vier Orten sowie bei über 200 Mahnwachen, das Atomrisiko abzuschalten



Fotos Seite 8 (von oben): Gergely Kispal (Neckarwestheim), Bente Stachowske (Minden), Thomas Frey (Günzburg); Fotos Seite 9: Bente Stachowske (Minden), unten rechts: aaa-West / PubliXviewinG (Gronau)

Ein Super-GAU nimmt keine Rücksicht auf das Wetter. Auch die 20.000 AtomkraftgegnerInnen, die am 9.3. mit mehr als 200 Aktionen auf einer 350 Kilometer langen Aktions- und Menschenkette rings ums AKW Grohnde eine Atom-Katastrophe simulieren, lassen sich von Regen, Wind und eisigen Temperaturen nicht abhalten. Sie markieren die „Sperrzone“, leiten PassantInnen durch Dekontaminierungsschleusen, verteilen „Jodtabletten“, messen Gemüse aus, suchen „vermisste“ Angehörige. Von Hannover bis Detmold, von Minden bis Göttingen schließen sich Tausende zu Menschenketten zusammen; auch Landwirte und Kirchengemeinden beteiligen sich an den Protesten. Das Szenario macht das Atomrisiko auf beeindruckende und bedrückende Weise überall sichtbar.

Anti-Atom-Demo in Günzburg

Zeitgleich versammeln sich 3.500 AtomkraftgegnerInnen in Günzburg nahe des AKW Gundremmingen. Hier immerhin ist schönes Wetter, die Kundgebung hat Volksfestflair. Die DemonstrantInnen fordern „Abschalten vor dem GAU“. In Gundremmingen stehen die letzten beiden deutschen Siedwasserreaktoren; RWE plant, die Leistung der Risikomeiler vom Typ Fukushima noch zu erhöhen.

Demo beim AKW Neckarwestheim

Unter dem Motto „Fukushima mahnt – jetzt handeln!“ ziehen etwa 3.000 AtomkraftgegnerInnen zum AKW Neckarwestheim. Nur einer der beiden Reaktoren hier, die auf brüchigem Untergrund stehen, ging nach Fukushima vom Netz; der zweite soll noch bis Ende 2022 laufen. Ein Massenstart von Luftballons macht die Gefahren des AKW und die Ausbreitung der Strahlung bei einem Unfall deutlich.

Protest gegen Urananreicherung

InGronau (NRW) ziehen 1.200 AtomkraftgegnerInnen vor das Tor der Urananreicherungsanlage, die kürzlich ihre Kapazität noch erweitert hat, und verlangen deren sofortige Stilllegung.

Insgesamt setzen damit allein in Deutschland rund 28.000 Menschen ein deutliches Zeichen für einen schnelleren, echten Atomausstieg. .ausgestrahlt hat zusammen mit anderen Organisationen zu den Protesten aufgerufen, diese unterstützt und außerdem viele Tausend „Hausaufgabenhefte“ verteilt, die zu weiterem Engagement einladen. Mehr davon kannst Du kostenlos auf Seite 11 bestellen.

Mehr als 200 Mahnwachen

Zwei Tage später, am 11. März, setzen Mahnwachen an mehr als 200 Orten den Anti-Atom-Protest fort. Rund 9.000 Menschen erinnern dabei an das Leid der Menschen in Japan und die unermesslichen Gefahren der Atomkraft. Auch sie verlangen, die AKW schneller abzuschalten. .ausgestrahlt hat zu den Mahnwachen aufgerufen und sie dokumentiert.

Das .ausgestrahlt-Video von den Protesten rings um das AKW Grohnde, viele Fotos sowie eine Presseschau zu den bundesweiten Protesten am 9. und 11. März findest Du unter www.ausgestrahlt.de/mitmachen/fukushima2013



Brokdorf, Blogs und Briefe

Was wir jenseits der Proteste zum Fukushima-Jahrestag noch bewegt haben

.. JANUAR

Emnid-Umfrage zum Ausstiegstempo

PolitikerInnen erklären Themen gerne für erledigt, auch wenn sie dies noch lange nicht sind. Der Atomkonflikt ist dafür ein gutes Beispiel. Die Bevölkerung nämlich ist mit dem halbherzigen schwarz-rot-gelb-grünen Ausstiegsbeschluss noch lange nicht zufrieden. Eine repräsentative Emnid-Umfrage im Auftrag von .ausgestrahlt zeigt Ende Januar: 51 Prozent wollen, dass die AKW schneller vom Netz gehen. Bei den Grünen-WählerInnen sind sogar 75 Prozent mit dem lahmen Ausstiegstempo unzufrieden,

bei den SPD-WählerInnen 61 Prozent und selbst 37 Prozent der CDU/CSU-WählerInnen wollen die AKW früher abschalten, als es die Parteien im Sommer 2011 beschlossen haben. .ausgestrahlt wird im Bundestagswahljahr darauf immer wieder aufmerksam machen. Die komplette Umfrage gibt's unter www.ausgestrahlt.de/mehrtempo



.. FEBRUAR

Gutachten belegt Sicherheitsmängel des AKW Brokdorf

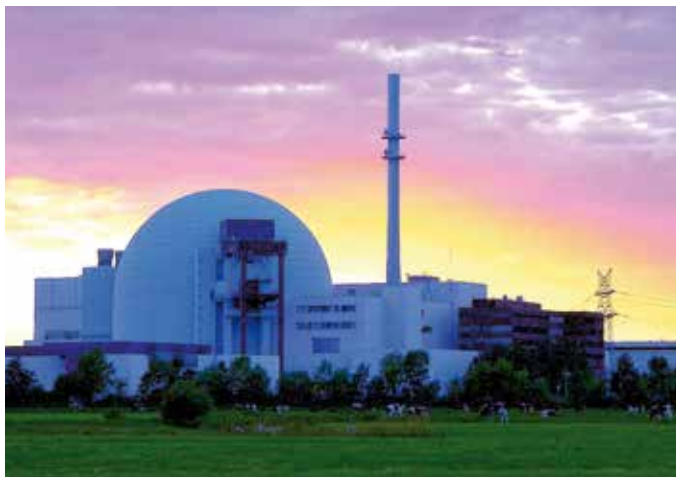


Foto: Alexander Neureuter

Auch die noch laufenden AKW sind alles andere als sicher. Das zeigt exemplarisch am Beispiel Brokdorf die gutachterliche Stellungnahme des Reaktorsicherheitsexperten Dieter Majer, bis vor Kurzem der höchste technische Beamte der Bundesatomaufsicht. In seiner Expertise für .ausgestrahlt listet er zwei Dutzend Szenarien auf, die in dem Reaktor unweit von Hamburg zu einer Kernschmelze und damit zum Super-GAU führen können; die meisten sind auch auf andere Reaktoren übertragbar. .ausgestrahlt wird gemeinsam mit anderen Initiativen Druck auf die schleswig-holsteinische Landesregierung machen, das AKW Brokdorf abzuschalten. Das Gutachten und weitere Infos findest Du unter www.ausgestrahlt.de/brokdorf

Brief an Grüne Kreisverbände

Ende Januar fällt .ausgestrahlt ein Entwurf des Bundestagswahlprogramms der Grünen in die Hände. Darin: Kein Wort mehr von einem schnelleren Atomausstieg, kein Wort von schärferen Sicherheitsvorschriften und ökonomischen Daumenschrauben für die AKW. Dabei hatte ein Sonderparteitag nach Fukushima genau dies beschlossen. .ausgestrahlt schreibt alle Kreisverbände der Grünen an und fordert sie auf, ein schnelleres Abschalten der AKW wieder zum Programm zu machen. Immerhin verlangen das – siehe oben – drei Viertel aller Grünen-WählerInnen und mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Weitere Aktionen folgen, siehe Seite 3.

Auszeichnung für „Das Ding am Deich“

Der Kinofilm über den Widerstand gegen das AKW Brokdorf wird mit dem Preis der deutschen Filmkritik für den besten Dokumentarfilm 2012 ausgezeichnet. .ausgestrahlt hat Vorführungen des Films in vielen Städten mit Veranstaltungen begleitet und bietet begleitende Hintergrundinformationen und Aktionstipps an: www.ausgestrahlt.de/brokdorf



.ausgestrahlt-Blogs gestartet

Mehr Infos, mehr Meinung, mehr Einordnung bieten seit Anfang Februar die fünf Blogs von .ausgestrahlt. AutorInnen aus dem .ausgestrahlt-Team, fachkundige JournalistInnen und ExpertInnen aus der Anti-Atom-Bewegung schreiben, kommentieren, erläutern und vertiefen hier, was sich in Sachen Atom und Energiewende alles tut. www.blogs.ausgestrahlt.de

.. MÄRZ/APRIL



Fotos: Alexander Neureuter

Fotoausstellung „Brokdorf – Tschernobyl: Was wäre, wenn ...“ weiter auf Tour

Die .ausgestrahlt-Wanderausstellung, die die Gefahr eines schweren Unfalls im AKW Brokdorf vor Augen führt, ist weiter auf Tour. Im April in Buchholz (Stadtbücherei), Lübeck (Rathaus), Uelzen (Rathaus) und am AKW Brokdorf (Tschernobyl-Demo am 21.4.). www.ausgestrahlt.de/brokdorf

.ausgestrahlt bietet Dir Material für Dein Engagement gegen Atomkraft an. Bestellung mit diesem Zettel (bitte unbedingt auf der Rückseite Deine Adresse eintragen!) oder online unter www.ausgestrahlt.de/shop. Zusätzlich zu den Materialkosten fallen 4,50 Euro für Versand und Verpackung an.

.ausgestrahlt-Shop

Weitere Anti-Atom-Materialien gibt es im Webshop auf www.ausgestrahlt.de

DEMOS ZUM TSCHERNOBYL-JAHRESTAG

DEMO IN GRAFENRHEINFELD

Regionaler Trägerkreis

_____ **Plakat** – kostenlos K232

_____ **Flyer** – kostenlos K233



Demo-Plakat – kostenlos

_____ **DIN A1** K240

_____ **DIN A2** K241

_____ **DIN A3** K242



Aufkleber „AKW Grafenrheinfeld? – Nein Danke“

aus wetterfester PE-Folie (umweltschonend), ø 10 cm

_____ **Aufkleber** – 75 Cent S038



PROTEST- UND KULTURMEILE IN BROKDORF

Demo-Plakat – kostenlos

_____ **DIN A1** K238

_____ **DIN A2** K231

_____ **DIN A3** K239



Demo-Flyer – kostenlos

_____ **DIN A5** K237

Button „AKW Brokdorf – Das Ding muss weg“ für Jacke, Mütze, Rucksack u.v.m., ø 37mm

_____ **Button** – 1 Euro K172

Aufkleber „AKW Brokdorf? – Nein Danke“

aus wetterfester PE-Folie (umweltschonend), ø 10 cm

_____ **Aufkleber** – 75 Cent S038



MEHR TEMPO BEIM ATOMAUSSTIEG!

Unterschriftenliste

„Mehr Tempo beim Atomausstieg!“

Sammele mit dieser Unterschriftenliste Stimmen für einen schnelleren Atomausstieg!

_____ **Unterschriftenliste** – kostenlos K230



Aufkleber

aus wetterfester PE-Folie (umweltschonend), ø 11 cm

_____ **„Ich will's sofort“** – 75 Cent S53

_____ **„Ich will's schneller“** – 75 Cent S52



Hausaufgabenheft

„Mehr Tempo beim Atomausstieg!“

mit neun Hausaufgaben gegen Atomkraft. A6, 16 S., mit 10 Papieraufklebern, ideal zum Verteilen

_____ **Hausaufgabenheft** – kostenlos



Turnschuh-Plakat

„Mehr Tempo beim Atomausstieg!“

für Aktionen bei den Grünen

_____ **Plakat (DIN A2)**
kostenlos K243



GORLEBEN SOLL LEBEN!



„Gorleben: Geologie des Salzstocks“



„Gorleben: Mit Tricks und Lügen ein Endlager durchdrücken“



„Gorleben: Vielfalt des Widerstandes“

Gorleben-Ausstellung (Drei Plakate),

Set aus 3 Plakaten in A0 (80x120cm) - 15 Euro K209

Plakat zur Endlagersuche

_____ **Plakat (DIN A2)**
kostenlos K154



RETTE SICH, WER KANN

Nutze das Katastrophenschutz-Material, um bei kreativen Aktionen das Risiko eines Super-GAU's sichtbar zu machen!

Sperrgebietsschilder (DIN A2 Querformat) – kostenlos

- _____ **AKW Brokdorf** K185
- _____ **AKW Grafenrheinfeld** K187
- _____ **AKW Gundremmingen** K188
- _____ **AKW Neckarwestheim** K191
- _____ **AKW Philippsburg** K197
- _____ **AKW Grohnde** K186
- _____ **AKW Isar** K189
- _____ **AKW Lingen** K190



Visitenkarten fürs Autofenster – kostenlos

- _____ **AKW Brokdorf** K177
- _____ **AKW Grafenrheinfeld** K179
- _____ **AKW Gundremmingen** K180
- _____ **AKW Neckarwestheim** K183
- _____ **AKW Philippsburg** K196
- _____ **AKW Grohnde** K178
- _____ **AKW Isar** K1811
- _____ **AKW Lingen** K182



Tabletten gegen den Super-GAU

Pfefferminzdragees im Jodtabletten-Look

- _____ **„Super-GAU akut“**
Packung (18 Dragees)
1 Euro K175



- _____ **„Super-GAU akut“**
Blister (5 Dragees)
30 Cent K176



Unter www.shop.ausgestrahlt.de findest Du auch Tablettenpackungen und Blister „Brokdorf akut“, „Grohnde akut“ sowie „Gundremmingen akut“

Broschüre „Rette sich, wer kann!“

Fragen und Antworten zum Katastrophenschutz bei einem Super-GAU. A6, 32 Seiten

- _____ **Argumente-Broschüre**
40 Cent B029



Absperrbänder

7,5 cm breit, 250 m auf einer Rolle. PE-Folie (umweltschonend), reißfest



- _____ **Absperrband „AKW abschalten“** ↑ – 15 Euro K234



- _____ **Absperrband „Sperrgebiet Super-GAU“** ↑ – 15 Euro K235

.ausgestrahlt-RUNDBRIEF

- _____ **Rundbriefe** – kostenlos B008



Vor- und Nachname: _____

Straße und Hausnr.: _____

PLZ und Ort: _____

E-Mail: _____

Telefon für Rückfragen: _____

Ich bestelle die Materialien wie eingetragen und bitte um Lieferung an oben angegebene Adresse. Es fallen zusätzlich 4,50 Euro für Versand und Verpackung an. Ich überweise nach Erhalt der Lieferung und Rechnung.

Bitte schick mir regelmäßig kostenlos: per Post den .ausgestrahlt-Rundbrief; den E-Mail-Newsletter.

Datum, Unterschrift: _____

Unterschrift
nicht vergessen

Atomkraft in den Niederlanden

Anfang 2012 scheiterten – und das nicht zum ersten Mal – die Pläne für den Neubau eines Atomkraftwerks in Borssele

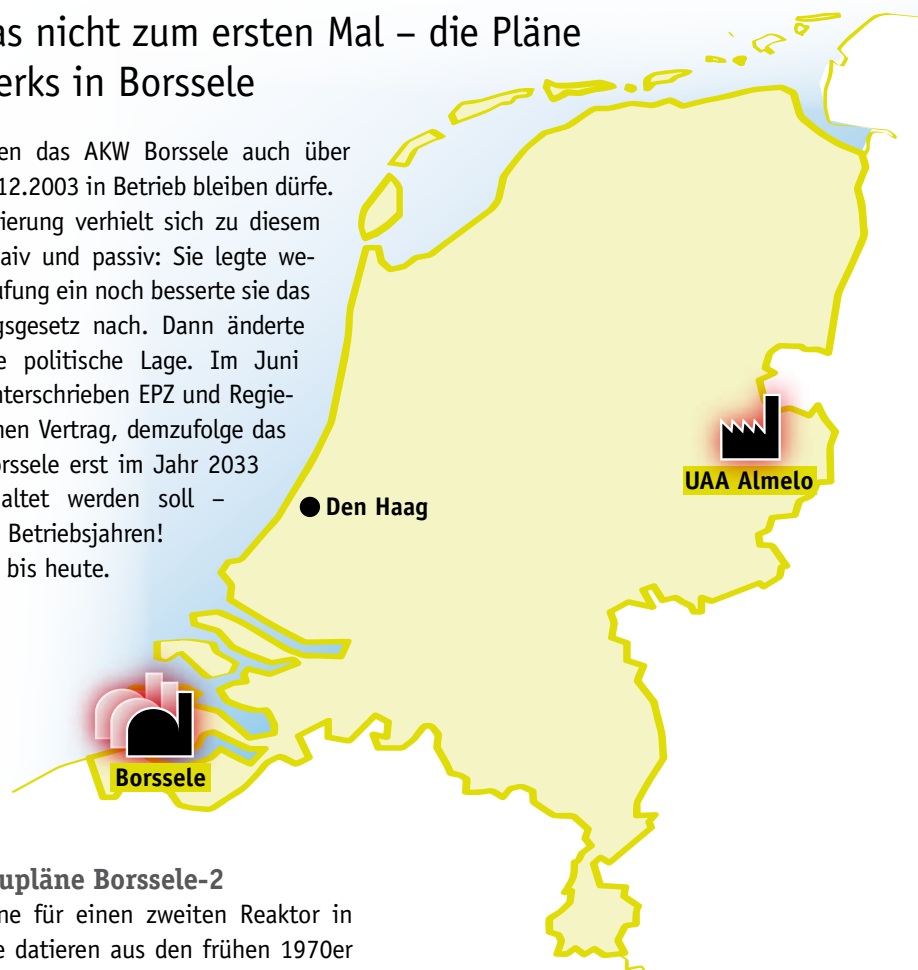
Das erste AKW in den Niederlanden ging im März 1969 in Dodewaard ans Netz. Nur einen Monat später erhielt die Kraftwerksunion (KWU), ein neu gegründetes Joint-Venture von Siemens und AEG, den Zuschlag für den Bau eines AKW in Borssele. Für KWU war das der erste Auslandsauftrag. In den Niederlanden endete damit der Traum von einer eigenen Atomindustrie.

Noch in den frühen 1970er Jahren gab es hochfliegende Pläne. Ein Szenario des Wirtschaftsministerium von 1972 etwa sah für 1980 Atomkraftwerke mit einer Kapazität von 2.000 Megawatt (MW) vor, bis 1990 dann 14.000 MW, und 2000 schließlich 35.000 MW – die Hälfte der prognostizierten Kraftwerkskapazität insgesamt. Doch die politische Lage änderte sich schnell. Tatsächlich gab es 1980 lediglich 530 MW Atomstrom – und dabei blieb es. Der Kraftwerkspark an sich wuchs statt auf 70.000 MW nur auf 19.000 MW, inklusive Kraft-Wärme-Kopplung – auch das ein großer Erfolg der Anti-AKW-Bewegung.

In den 1990er Jahren schien Atomkraft schon am Ende zu sein. Im März 1997 etwa ging das AKW Dodewaard wegen „mangelnder Perspektive für Atomkraft in den Niederlanden“ vom Netz. Und EPZ, der Betreiber des AKW Borssele, bekam zwar im Dezember 1994 für eine notwendige Modernisierung seines Reaktors einen staatlichen Zuschuss – allerdings unter der Bedingung, dass das AKW Ende 2003 stillgelegt würde. „Damit scheint das Kapitel der Stromerzeugung durch Atomenergie im niederländischen Kontext abgeschlossen“, schrieb die Regierung 1999 in ihrem Energiebericht.

Allerdings legten Mitarbeiter des AKW Borssele gegen die Befristung der Betriebsgenehmigung Beschwerde ein. Im September 2002 entschied ein Gericht, dass es zwar eine auf „gegenseitigem Vertrauen“ gegründete Verabredung zwischen Staat und Borssele gegeben habe, allerdings nur in administrativer Hinsicht und nicht im zivilrechtlichen Sinne,

weswegen das AKW Borssele auch über den 31.12.2003 in Betrieb bleiben dürfe. Die Regierung verhielt sich zu diesem Urteil naiv und passiv: Sie legte weder Berufung ein noch verbesserte sie das Ausstiegsgesetz nach. Dann änderte sich die politische Lage. Im Juni 2006 unterschrieben EPZ und Regierung einen Vertrag, demzufolge das AKW Borssele erst im Jahr 2033 abgeschaltet werden soll – nach 60 Betriebsjahren! Das gilt bis heute.



Neubaupläne Borssele-2

Die Pläne für einen zweiten Reaktor in Borssele datieren aus den frühen 1970er Jahren. 1976 wurden sie aufgrund der starken Anti-AKW-Bewegung, und weil der kleinste Koalitionspartner mit einer Regierungskrise drohte, verschoben. Ein zweiter Anlauf zehn Jahre später scheiterte an Tschernobyl. Der dritte Versuch startete im Juli 2009: Das regionale Energieunternehmen Delta beantragte eine Genehmigung für ein neues AKW mit einer Leistung von bis zu 2.500 MW. Der Bau sollte 2015 beginnen, der Meiler 2018 in Betrieb gehen, RWE und/oder EDF als Partner fungieren. Als deutlich war, dass die nicht wollten, bedeutete das im Januar 2012 das vorläufige Aus. Delta schließt jedoch nicht aus, die Pläne in einigen Jahren, wenn sich die wirtschaftliche Lage „gebessert“ habe, wieder aufzunehmen.

Anti-Atom-Bewegung

Obwohl es in den Niederlanden bis Mitte der 1980er Jahre eine sehr starke Anti-AKW-Bewegung gab, existieren inzwischen nur noch einige kleine Gruppen wie Laka und Wise. Alle großen Natur-

und Umweltschutzorganisationen, mit Ausnahme von Greenpeace, haben ihre Anti-Atom-Arbeit Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre eingestellt. Selbst die Neubaupläne für Borssele-2 änderten daran nichts. Nur in der Provinz Zeeland bildete sich ein Bündnis „Borssele-2-Nein“ aus Umwelt-Organisationen und Parteien. Als die Pläne vom Tisch waren, löste es sich sofort auf.

Erst in den letzten Monaten tut sich wieder was: In Süd-Limburg, rund um Maastricht, mobilisiert GroenLinks (vergleichbar mit den Grünen) gegen das belgische AKW Tihange. Im Januar gab es eine Demo in Maastricht mit 1.500 Leuten und am Fukushima-Jahrestag waren einige Hundert NiederländerInnen bei den Protesten in Tihange dabei. Auch um die Urananreicherungsanlage in Almelo gibt es einige lokale Gruppen, die, unterstützt von Laka, Aufklärungsarbeit machen und damit einige Erfolge haben. Ein neuer Anfang?

Dirk Bannink, Laka Foundation

www.laka.org

„Viele denken wieder, der Ausstieg sei gelaufen“

Harald Oelschlegel, 52, Informatiker, kämpfte gegen die WAA in Wackersdorf und stellt mit dem Nürnberger Energiewendebündnis (EWB) schon seit 20 Jahren die Weichen für Ökostrom

Wir hatten ja das „kleine Problem“ mit der WAA hier, in Wackersdorf, da war auch ich aktiv. Mit den „Müttern gegen Atomkraft“, dem Bund Naturschutz und ein paar Einzelkämpfern gründeten wir 1993 das Nürnberger Energiewendebündnis (EWB). Zurzeit sind wir zehn Aktive mit einem großen Unterstützerumfeld. Vernetzt sind wir in der Bayernallianz für Atomausstieg und Klimaschutz.

Unser größter Erfolg war 1996/7, als wir auf kommunaler Ebene als erste Großstadt die kosten-deckende Vergütung für Solarstrom durchgesetzt haben. In vielen zähen Einzelgesprächen haben wir Grüne und SPD überzeugt; am Ende hat auch die CSU dafür gestimmt. Damals gab's ja noch kein EEG. Die Kilowattstunde Solarstrom wurde anfangs mit 2 Mark vergütet, inzwischen sind es noch ca. 16 Cent – so stark sind seitdem die Preise gefallen.

Wir fahren seit Jahren ins Wendland, um gegen die verlogene Entsorgungspolitik zu protestieren. Am 9. März sind wir mit rund 150 Leuten aus Nürnberg zur Demo nach Günzburg. Für den 21.4. in Grafenrheinfeld versuchen wir, noch stärker zu mobilisieren. Da kann man sogar mit dem Rad hin. Als Mahnwache am Fukushima-



Foto: privat

Jahrestag haben wir Flyer zur Strompreislüge und zum Stromwechsel verteilt. Denn wir wollen auch die Energiewende voranbringen. Dazu braucht es aktuell doch vor allem Aufklärungsarbeit. Wir zeigen Filme, organisieren Diskussionen, unterstützen Bürgersolaranlagen. Und bei unserer letzten Stromsparaktion haben wir Werbung für hocheffiziente Umwälzpumpen in Heizungsanlagen gemacht.

Wir haben schon 2001 beim rot-grünen „Atomkonsens“ befürchtet, dass die Laufzeiten über kurz oder lang wieder verlängert werden. Genau das ist ja eingetreten – bloß, dass der Regierung dann Fukushima dazwischen kam. Momentan ist das Problem, dass viele wieder denken, der Ausstieg sei gelaufen. Wir glauben das nicht – vor allem, wenn man sieht, wie unser sogenannter Umweltminister die Energiewende gerade in den Sand setzt! Der Markt für Erneuerbare ist restlos verunsichert, das merken wir in vielen Gesprächen. Und es gibt immer noch viel zu viel einflussreiche Atomkraftbefürworter. Uns geht der Ausstieg viel zu langsam. Wir wollen's schneller. Dafür gibt es ja Konzepte. Leider fehlt der politische Wille.

energiewendebuendnis.de

baak.anti-atom-bayern.de

„Nicht wir sind doch das Risiko, sondern der Müll“

Sara, 30, Psychologin, kettete sich vor den Castor nach Lubmin und erklärt zusammen mit anderen Aktivist_Innen in einer Wanderausstellung anschaulich das Phänomen „Beton im Gleisbett“

Ich war schon in der Schulzeit auf den ersten Gorleben-Protesten. Irgendwann bin ich dann zu Robin Wood gestoßen. Natürlich habe ich mich da unter anderem auch mit Ankettaktionen beschäftigt. 2010 habe ich mich dann selbst an einen im Gleisbett versteckten Betonblock angekettet, um den Castor-Transport nach Lubmin aufzuhalten. Der Zug stand acht Stunden.

Einige unabhängige Aktivist_Innen, die bei sowas schon mal mitgemacht haben, hatten dann die Idee, dazu 'ne Wanderausstellung zu machen. Auch, um zu zeigen: „Hey, uns gibt's auch noch nach den Aktionen.“ Bei „Beton im Gleisbett“ haben wir zwei Sachen verknüpft: Wir stellen diese kreative gewaltfreie Aktionsform vor und machen zugleich darauf aufmerksam, dass man in Deutschland noch lange nicht von einem Atomausstieg sprechen kann.

Zur Einstimmung rufen wir Atomunfälle in Erinnerung. Dann zeigen wir, wo überall in Deutschland und Europa noch mit nuklearem Material gearbeitet wird. Es folgt der anschauliche Raum: Wir haben einen Betonblock nachgebaut, so wie sie in Gerichtsakten beschrieben werden – aber mit Plexiglas, damit man reingucken kann. Da ist ja nicht nur Beton im Innern, sondern viel anderes Zeug, um das



Foto: privat

Zerlegen möglichst schwer zu machen. Man kann auch probeweise mal den Arm in so ein Rohr stecken. Dazu gibt's Fotos von Aktionen. Im nächsten Raum zeigen wir, dass wir Aktivist_Innen auch ein normales Alltagsleben haben. Schließlich gibt's einen Gerichtssaal, mit Prozessakten und Impressionen von Prozessen. Und ganz am Ende würdigen wir dann die vielen anderen unterschiedlichen Aktionsformen, die es sonst noch so gibt.

Diese Form der Ankettaktion wird ja doch auch kritisch gesehen. „Zu gefährlich!“, „Unverantwortlich!“, „Der Castor fährt doch eh nicht zurück!“ – das sind die klassischen Argumente. Wir zeigen: Wir machen das nicht planlos, unbedacht, sondern nur gut vorbereitet. Wir spielen verschiedene Szenarien durch und setzen uns mit den Folgen der Aktion auseinander. Nicht wir sind doch das Risiko, sondern der Müll, der da transportiert wird! Und niemand weiß, wohin der soll!

In fünf Orten war die Wanderausstellung schon zu sehen. Man kann sie ausleihen, Vorträge dazu organisieren oder Soli-Partys für die Repressionskosten der Aktivist_Innen. Es gibt viele, die noch Verfahren am Laufen haben wegen solcher Aktionen – ich auch. Bereut aber habe ich es nicht.

blockblog.blogspot.eu

„Das kann man nicht einfach unbeobachtet lassen“

Ursula Kleber, 57, Bio-Landwirtin, verhinderte mit der „Aktion Atommüllfreie Asse“ die Flutung der Atommüllkippe und kämpft nun darum, den strahlenden Abfall wieder aus dem Berg zu holen

Ich mache in vier Kilometern Luftlinie vom „Asse II“-Schacht ökologische Landwirtschaft. Als ich 1988 herkam, gab es den Plan, da hochradioaktive Korkillen aus den USA einzulagern, um zu gucken, was die mit dem Salz machen. Dagegen gab es Sonntagsspaziergänge und so. Als das dann abgeblasen wurde, ist der Protest komplett eingeschlafen. Ich dachte: „Da ist doch noch jede Menge Strahlenmüll unten drin, das kann man nicht einfach so unbeobachtet lassen.“ Zumal völlig unklar war, was mit dem Zeug passieren sollte. So kam ich 1990 zur „Aktion Atommüllfreie Asse“.

Wir haben 2001 das erste öffentliche Fachgespräch zur Asse organisiert, auf dem Betreiber und kritische Wissenschaftler darstellen sollten, wie der Stand ist und das Schließungskonzept. Da haben wir erfahren, was passiert, wenn die Grube absäuft. Deren Plan war ja, das ganze Bergwerk mit einer Salzlösung, „Schutzfluid“ genannt, zu fluten. Dadurch sollte es länger dauern, bis Radionuklide an die Oberfläche kommen. Dass das Zeug irgendwann hochkommt, haben sie gar nicht bestritten! Sie haben bloß behauptet, das bliebe unter den Grenzwerten. Ich dachte: „Das kann doch nicht wahr sein!“



Foto: privat

Wir haben immer gesagt, Bürgerinitiativen und Lokalpolitiker müssen sich zusammenschließen. Das haben wir hingekriegt. Unser Landrat hat die „Asse-Begleitgruppe“ durchgesetzt. Wir benennen Leute, die da mit den Betreibern und Behörden am Tisch sitzen, Fragen stellen, Infos erhalten. Und die die Unterlagen, die sie da bekommen, auch lesen. So kam raus, dass die radioaktiven Stoffe längst aus den Einlagerungsbereichen raussumpfen – die Asse wurde bundesweit zum Skandal.

Inzwischen gibt es zwar Einigkeit darüber, dass der Müll wieder raus muss. Andererseits ist diese große Einigkeit ein Problem: Es gibt kaum Ansatzpunkte mehr. Dabei passiert viel weniger, als passieren müsste, wenn man den Zustand da unten kennt. Wir tragen gerade zusammen, welche Maßnahmen und Schritte schon für dann und dann zugesagt wurden, um wieder Druck zu machen.

Meine letzte Anti-Atom-Demo war die Lichterkette hier vor 'nem Jahr, mehr schaffe ich zeitlich nicht neben Vollzeitjob und Asse. Aber wir legen Flyer und Material aus, werben für Stromwechsel und sind selbst Pioniere für erneuerbare Energien. aaa-wf.de

„Dann bleiben wir hier, bis wir unser Recht kriegen“

Hanna Berth, 23, Soziologiestudentin, campiert mit dem Rostocker Atomnetzwerk auch auf dem Marktplatz, um heimliche Atomtransporte auf Passagierfähren zum Stadtgespräch zu machen

Ich bin im Mai 2010 zum Rostocker Anti-Atom-Netzwerk gekommen, da wurde gerade bekannt, dass Castoren nach Lubmin rollen sollen. Nicht die ersten, aber diesmal wollten wir den Protest sichtbarer machen. Es gab ein Vernetzungstreffen mit vielen Gruppen, Infoveranstaltungen, wir haben Atom-Alarm geschlagen und sind ins Wendland gefahren zum Castor. So haben wir immer mehr Leute gewonnen und das Thema gepuscht. Im harten Kern sind wir nun etwa 15.

Dass auch Atomtransporte über den Rostocker Hafen laufen, hatten wir immer im Hinterkopf. Als die vielen Aktionen gelaufen waren, haben wir uns intensiver damit befasst. Ein Lokalredakteur hat das Thema für sich entdeckt, das hat die Leute sensibilisiert und war ein guter Anknüpfungspunkt. Wir haben mehrere Fahrraddemos zum Überseehafen gemacht – und ein Camp auf dem Marktplatz, ganz spontan: Eine Viertelstunde vor Start unserer Demo wollte die Stadt uns unsere Route nicht mehr fahren lassen. Da haben wir gesagt: „Okay, dann bleiben wir hier, bis wir unser Recht kriegen.“ So nutzten wir dann eine Woche den Marktplatz als politischen Freiraum, mit Zelten und Vokü und Vorträgen. Da sind viele auf uns aufmerksam geworden.



Foto: privat

Schließlich durften wir wie ursprünglich genehmigt über die Autobahn radeln.

Es sind vor allem Uranhexafluorid- und Brennelemente-Transporte zwischen Lingen, Gronau und Skandinavien, die hier durchfahren. Das Zeug wird einfach auf Lkw gepackt und fährt auf ganz normalen Passagierfähren mit. Nur erfährt das niemand. Auch die Rostocker_innen wussten lange nicht, was da im Schnitt alle drei Tage durch ihre Stadt rollt. Die Bürger_innenschaft hat dann beschlossen, dass der Hafen für radioaktive Fracht teilentwidmet werden soll. Aber der OB puscht das nicht. Und das Land, Miteigentümer des Hafens, sperrt sich.

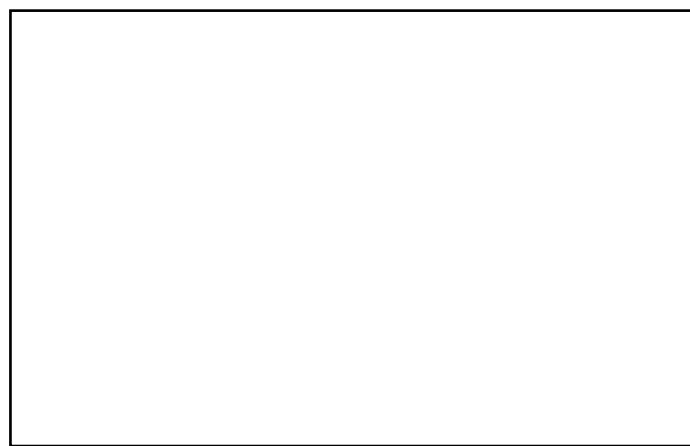
Ein Medienkollektiv hat Ende 2012 einen Film über das Thema gemacht, den man im Netz sehen kann. Zweimal haben wir ihn auch schon öffentlich gezeigt. Die eine Vorstellung war richtig gut, da haben wir im Anschluss noch mit vielen über das Thema diskutiert. Demnächst werden wir Prozesse wegen Castor-Blockaden von 2011 mit Aktionen begleiten. Wir wollen nicht nur die AKW thematisieren, sondern den ganzen atomaren Rattenschwanz, vom Uranbergbau bis zum Atommüll. lubmin-nixda.de

Impressum

.ausgestrahlt
Marienthaler Straße 35
20535 Hamburg
info@ausgestrahlt.de
www.ausgestrahlt.de

Spendenkonto
.ausgestrahlt e.V.
Nr. 2009306400
BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank

Redaktion: Jochen Stay, Stefan Diefenbach-Trommer | Mitarbeit: Armin Simon, Christiane Knoppe, Dirk Bannink, Jacob Fricke, Matthias Weyland, Suse Neubronner | Layout: www.holgermueller.de
Druck: Evers-Druck, Meldorf. Gedruckt auf Recyclingpapier | Auflage: 46.000 | V.i.S.d.P.: Jochen Stay



Neues von .ausgestrahlt

Wer neu ist im .ausgestrahlt-Büro, wer geht – und warum neben vielen Förderinnen und Förderern auch die Bewegungsstiftung die Anti-Atom-Arbeit von .ausgestrahlt unterstützt

Friedrich Erbacher, Jahrgang 1966, hat



Politik studiert und ist auf das Management von kleinen Non-Profit-Organisationen spezialisiert. Er ist seit 1981 aktiv in Protestbewegungen, unter anderem organisierte er elf Jahre lang die Aktionsunterstützung für X-tausendmal quer und anschließend im Netzwerk ZUGABe. Beruflich war er zuletzt Leiter der Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement bei der Stadt Aalen. Bei .ausgestrahlt kümmert er sich seit März um den Arbeitsbereich Verwaltung.

Pauline Geyer, Jahrgang 1984, hat nach



einer Ausbildung zur Werbekauffrau mehrere redaktionelle Praktika absolviert. Ihr Kulturwissenschafts- und Politikstudium schloss sie mit einem medienwissenschaftlichen Master-Jahr, in dem sie sich mit politischen Dokumentarfilmen und -fotografie beschäftigte. 2010 bei der Großdemo in Berlin und beim Castor endgültig vom anti-atomaren Virus gepackt, unterstützt sie seit März unter anderem die .ausgestrahlt-Kampagnen zum AKW Brokdorf sowie zur Bundestagswahl.

Tobias Darge, Jahrgang 1975, hat Politik,



Geschichte und Soziologie studiert und ist seit 1993 in der Jugendumwelt- und Anti-AKW-Bewegung aktiv. Er arbeitete für den

Asse-Untersuchungs-Ausschuss im niedersächsischen Landtag, recherchierte für Greenpeace und vertritt den BUND in der Asse-Begleitgruppe. 2009 gründete er das Anti-Atom-Plenum Weserbergland und engagierte sich in der Regionalkonferenz „Grohnde abschalten“ gegen MOX-Brennelemente, außerdem deckte er Defizite in den Katastrophenschutzplänen zum AKW Grohnde auf. Seit April recherchiert er für .ausgestrahlt.

Ute Bruckart kehrt im April nach einem Jahr Elternzeit wieder zurück ins .ausgestrahlt-Büro und wird sich hauptsächlich um die Kommunikation mit unseren FörderInnen und SpenderInnen kümmern.

Suse Neubronner ist Ende Februar von .ausgestrahlt zur Atom-Abteilung von Greenpeace gewechselt.

Einen Überblick über das ganze .ausgestrahlt-Team findest Du unter:

www.ausgestrahlt.de/team

Bewegungsstiftung fördert .ausgestrahlt

Dass wir unser Team aufstocken können, verdanken wir der Bewegungsstiftung, die uns für zwei Jahre eineinhalb Stellen für Recherche und Kampagnenumsetzung mit 100.000 Euro finanziert. Ziel dieser sogenannten Basisförderung ist es, uns in der Auseinandersetzung um kürzere AKW-Laufzeiten schlagkräftiger zu machen. Herzlichen Dank an die Stiftung!

Wir sind mit dieser Förderung also nicht „reicher“ an Geld, sondern „reicher“ an Arbeitskraft. Wenn wir also auch zukünftig um Deine finanzielle Unterstützung bitten, dann deshalb, weil nun zwar diese neuen Stellen finanziert sind, aber für unsere Arbeit ja auch erhebliche Sachkosten entstehen. Und vielleicht ist die Förderung durch die Bewegungsstiftung ja sogar ein Anlass, selbst Förderer oder Förderin von .ausgestrahlt zu werden: www.ausgestrahlt.de/foerderer

Falls Du die Bewegungsstiftung noch nicht kennst: Schon mit einer Zustiftung ab 5.000 Euro kannst Du Protestkampagnen für gesellschaftlichen Wandel in vielen Politikfeldern unterstützen.



Wer ist .ausgestrahlt?

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen AtomkraftgegnerInnen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen. Wir machen Aktionsangebote und stellen Materialien und Hintergrundinformationen zur Verfügung. Mach mit!

Warum wir Du schreiben

Wir meinen: Wer zusammen arbeitet, duzt sich. Meistens. Viele Aktive fänden ein „Sie“ sehr distanziert. Also: Sei willkommen in der Anti-AKW-Bewegung!

Praktikum bei .ausgestrahlt

.ausgestrahlt hat ab sofort wieder Platz für PraktikantInnen für jeweils drei bis sechs Monate. Du solltest in der zweiten Hälfte eines Studiums oder einer ähnlichen Qualifikationsphase sein. www.ausgestrahlt.de/praktikum

E-Mail-Newsletter für aktuelle Infos

Um auf dem Laufenden zu bleiben und rechtzeitig von neuen Aktionen, Materialien, Terminen und atompolitischen Entwicklungen zu erfahren, solltest Du auf www.ausgestrahlt.de den kostenlosen E-Mail-Newsletter von .ausgestrahlt abonnieren.